

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

RI Evakuierungs- und Gefahrenabwehrplan Erzeugungsanlagen

Geheimhaltungsstufe	INTERN
Dokumentenart	Richtlinie
Dokumentennummer	RI.ET.0201
Geltungsbereich	ERZEUGUNG E GESAMT
Sparte/Medium/Standort	alle Erzeugungsanlagen
Managementsystem	ISMS
Schlagworte	
Bemerkungen	
extern veröffentlichen	nein

Inhaltsverzeichnis

- 1 Ziel/Zweck
- 2 Geltungsbereich
- 3 Mitgeltende Unterlagen
- 4 Begriffsbestimmungen
- 5 Evakuierung
 - 5.1 Grundsätzliches
 - 5.2 Signalisierung
 - 5.3 Handlungen bei Evakuierungsalarm
 - 5.3.1 Handlungen bei Auslösung von Räumalarm
 - 5.3.2 Dauer und Aufhebung der Evakuierungsmaßnahmen
- 6 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr
 - 6.1 Alarmierung und Einweisung der Rettungs- und Einsatzkräfte
 - 6.2 Erste Hilfe und Notfallversorgung
 - 6.3 Elektrische Freischaltung und Absperrung von Gefahrenbereichen
 - 6.4 Bereitstellung von Einsatzdokumentationen und speziellen Ausrüstungen
 - 6.5 Entstehungsbrandbekämpfung oder Havariebekämpfung
- 7 Unterweisungen und Übungen
- 8 Prozessverantwortung
- 9 Inkraftsetzung

1 Ziel/Zweck

Das Dokument regelt die Organisation von Evakuierungen und die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

2 Geltungsbereich

Dieses Dokument gilt im Zusammenhang mit dem Ereignismanagement für alle Objekte und Anlagen der Energieerzeugung und der Abwasserbehandlung der eins.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

3 Mitgeltende Unterlagen

Die einschlägigen normativen, rechtlichen und behördlichen Vorgaben (Gesetze, Verordnungen) sind zu beachten.

Sächsisches Gesetz über den Brand- und Katastrophenschutz

Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG)

Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) und nachgeordnetes Regelwerk insbesondere

- ASR A1.3 „Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung“
- ASR A2.3 „Fluchtwege und Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan“
- ASR 13/1,2 „Feuerlöscheinrichtungen“

Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft

- DGUV Vorschrift 1 „Grundsätze der Prävention“
- DGUV Vorschrift 21 „Abwassertechnische Anlagen“
- DGUV Vorschrift 30 „Wärmekraftwerke und Heizwerke“

VdS 2000, Brandschutz im Betrieb

Interne Dokumentationen sind in der jeweils gültigen Version einzuhalten.

[RI Definition außergewöhnlicher Ereignisse](#)

[DB Übersicht Sammelstellen im HKWII. HWA, ZKA](#)

[OA Erste Hilfe](#)

[OA Brandschutzordnung](#)

[OA Gefahrenmeldeanlage \(GMA\)](#)

[OA Ereignismanagement](#)

[RI Feuerwehrdepot HKW Nord II](#)

Dokumente „Ordnung und Sicherheit“ in Objekten siehe unter Nicht gefunden

4 Begriffsbestimmungen

Eine techn. Einsatzleitung kann zur Gefahrenabwehr in komplexen Anlagen (HKW II, ZKA, FHW Bad Elster) erforderlich sein. Die erste Technische Einsatzleitung nach Ereigniseintritt ist, in ständig bzw. teilweise besetzten Objekten, der Diensthabende der Warte (z.B. Schichtleiter HKW, Bediener Warte FHW Bad Elster, Operator ZKA). Je nach Ereignisschwere und -lage wird die Technische Einsatzleitung um folgenden Personenkreis erweitert:

- Hauptabteilungsleiter / Abteilungsleiter / Objektverantwortliche/ Leiter vom Dienst
- Sicherheitsfachkraft / Gewässerschutzbeauftragte / Immissionsschutzbeauftragte
- Einsatzleiter der Feuerwehr und/oder externe Institutionen (z. B. Polizei, Notarzt)

Die Technische Einsatzleitung organisiert die gesamten Umfänge der Gefahrenabwehr und -beseitigung. Für die Maßnahmen der unmittelbaren Brandbekämpfung oder Gefahrenabwehr durch die Feuerwehr übernimmt der Einsatzleiter der FW mit seinem Eintreffen die technische Einsatzleitung. Mit Abschluss des Einsatzes wird die Einsatzleitung wieder an den Diensthabenden der Warte übertragen.

Sammelstelle

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

Sammelstellen sind in komplexen technischen Anlagen gebäudebezogen festgelegt und in den Aushängen "Verhalten im Brandfall" einzutragen. Sammelstellen sind nach ASR A1.3 zu kennzeichnen. In der Anlage sind die Sammelstellen im HKW Nord II graphisch dargestellt und den einzelnen Gebäuden zugeordnet.

Flucht- und Rettungswege

Zu den Flucht- und Rettungswegen in Industriebauten gehören insbesondere die Hauptgänge in den Produktions- und Lagerräumen, die Flure zu den notwendigen Treppen und Ausgängen sowie die notwendigen Treppen und Ausgänge selbst.

Rauch- und Wärmeabzugsanlagen (RWA)

RWA sind automatisch angesteuerte oder manuell zu öffnende Klappen ins Freie, die eine gezielte Abführung von Rauch- und Wärme zur Sicherung der Flucht- und Rettungswege sowie zur thermischen Entlastung der Tragwerke ermöglichen.

5 Evakuierung

5.1 Grundsätzliches

Die Kennzeichnung und Freihaltung der Rettungswege sowie die regelmäßige Prüfung der Sicherheitseinrichtungen sind in den Dokumenten zum Brandschutz geregelt.

Eine Evakuierung ist immer dann unverzüglich zu veranlassen, wenn durch außergewöhnliche Ereignisse (z.B. Brände, Explosionen, schwere Havarien, Bombendrohung) eine sichere Nutzung der Objekte und Anlagen insbesondere durch Brandgase, Auftreten ex-fähiger oder gesundheitsgefährlicher Atmosphären, Stromausfall, unkontrollierter Medienaustritt ...) nicht mehr gewährleistet ist. Sie sollte selektiv nur für das jeweils gefährdete Bauwerk ausgelöst werden. Eine Evakuierung kann auch in Folge technischer Störungen (z.B. Austritt von Rauchgasen/ Qualm ins Kesselhaus nach Saugzugausfall) erforderlich werden. Zuständig für die Umsetzung der benannten Forderungen ist der Objektverantwortliche. Für die Auslösung des Evakuierungsalarms ist der Diensthabende der Warte zuständig.

5.2 Signalisierung

Die akustische Signalisierung zur Evakuierung erfolgt im HKW II, im HWA und in der ZKA über Innensirenen, wobei folgende Signale festgelegt sind.

- Räumalarm: Dauerton bis zur Anordnung der Rückstellung durch die Feuerwehr
- Informationsalarm: 15 Sek. Kurzzeitton

Der Kurzzeitton dient der Belegschaft zur Information über ein besonderes Ereignis im Objekt. Mit ihm wird keine Evakuierung ausgelöst. Der Kurzzeitton kann auch gleichzeitig für die Durchführung des Probealarms genutzt werden. Probealarms sollten regelmäßig einmal im Monat zum gleichen Zeitpunkt (z.B. 1. Mittwoch um 15:00 Uhr) durchgeführt werden und sind durch den Objektverantwortlichen zu veranlassen.

In den dezentralen Erzeugeranlagen können andere Alarmierungseinrichtungen installiert und abweichende Signale gültig sein (siehe Aushänge und Festlegungen vor Ort).

In Objekten ohne Innensirene (z.B. Außenanlagen, dezentrale Kläranlagen) ist die Evakuierung durch lautes Rufen oder andere geeignete Maßnahmen zu veranlassen.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

5.3 Handlungen bei Evakuierungsalarm

5.3.1 Handlungen bei Auslösung von Räumalarm

Die Evakuierung gilt bei Auslösung des Räumalarms für alle im Gebäude befindlichen Personen. Ausnahmen werden im weiteren Verlauf genannt.

Bei der Auslösung von Räumalarm sind durch die im Gebäude befindlichen Personen nach Möglichkeit alle Fenster und Türen im Raum zu schließen und das Gebäude auf dem gekennzeichneten Fluchtweg unverzüglich zu verlassen. Sollten Treppenaufgänge bzw. Flure bereits verqualmt sein, sind nach Möglichkeit die dort befindlichen Fenster bzw. RWA sowie die Gebäudeausgangstüren zu öffnen (Selbstschutz beachten!).

Bei der Evakuierung ist Verletzten sowie betriebsfremden Personen Hilfe zu leisten.

Die Nutzung von Aufzügen ist verboten!

Sind die Flucht- und Rettungswege auf Grund starker Hitze- oder Raucheinwirkung nicht mehr begehbar, dann ist im Raum zu verbleiben und sich bemerkbar zu machen (z.B. telefonischer Notruf, oder Hilferuf aus dem Fenster).

Verletzten ist Erste Hilfe zu leisten.

Nach dem Verlassen des Gebäudes haben alle Personen die zutreffende Sammelstelle aufzusuchen (Sammelstellen HKW II siehe [DB Übersicht Sammelstellen im HKWII. HWA, ZKA](#)). Ein beauftragter Mitarbeiter (Betriebspersonal) übernimmt die Befragung zur Vollständigkeit oder zu vermissten Personen. Der zuständige OV/ bzw. Vertreter (Diensthabender Warte) oder die Einsatzleitung wird darüber informiert, um Maßnahmen einzuleiten. Ist keine Sammelstelle festgelegt, haben die Evakuierten eine sichere Stelle in ausreichendem Abstand zum evakuierten Objekt oder zu Gefahrenquellen außerhalb von Zufahrtsstraßen aufzusuchen und auf weitere Anweisungen zu warten.

Es ist untersagt, die Sammelstelle ohne Anweisung eines beauftragten Mitarbeiters (Betriebspersonal) zu verlassen. Die auf der Sammelstelle versammelten Personen sind verpflichtet, alle weitergehenden Maßnahmen der Evakuierung zu unterstützen.

Bei notwendigen Evakuierungsmaßnahmen in betriebsfahrenden Bereichen, kann es zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sein, dass das Personal der Warte am Arbeitsplatz verbleiben soll, sofern diese Personen keiner direkten Gefährdung ausgesetzt sind (z. B. durch Rauchgase). Die Evakuierung dieser Personen ist durch die Technische Einsatzleitung zu veranlassen, wenn der Verbleib dieser Personen für die Betriebsführung nicht mehr erforderlich oder eine Gefährdung nicht mehr auszuschließen ist.

Das Verlassen des Betriebsgeländes ist nach Auslösung eines akustischen Alarmes untersagt. Das Betreten oder Befahren des Geländes im Alarmfall ist nur den Betriebsangehörigen gestattet, die für die Gefahrenabwehr und -beseitigung benötigt werden. Das Betreten oder Befahren des Geländes ist weiterhin den Kräften der Hilfs- und Rettungsdienste gestattet.

Eine Entwarnung und die damit verbundene Herstellung der üblichen betrieblichen Abläufe kann nur durch den OV/ seinem Vertreter (Diensthabender Warte) bzw. die Technische Einsatzleitung erfolgen.

5.3.2 Dauer und Aufhebung der Evakuierungsmaßnahmen

Über den gesamten Zeitraum der Gefahrensituation ist die Objektsirene als akustisches Warn- und Evakuierungszeichen weiter zu betreiben. Andernfalls sind die Gefahrenbereiche unverzüglich abzusperren und zu kennzeichnen.

Mit Abschaltung der Sirene wird das betreffende Objekt wieder zur Nutzung freigegeben. Die Freigabe darf nach Brandereignissen oder Medienaustritt erst nach Rücksprache mit dem Einsatzleiter bzw. nach Freimessung der Atmosphäre und/oder sachkundiger Bewertung der Kontaminationen erfolgen und ist durch den OV oder seinen Vertreter zu veranlassen.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

In Objekten ohne Alarmierungsmittel/Innensirene wird die Nutzungsfreigabe durch den Rückbau der Absperrung und Entfernung der Kennzeichnung auf Anweisung des OV/ seinem Vertreter (Diensthabender Warte) erteilt.

6 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr

Maßnahmen zur Gefahrenabwehr sind insbesondere:

- **Alarmierung und Einweisung** der Rettungs- und Einsatzkräfte
- **Evakuierung und Absperrung** von gefährdeten Objekten
- **Erste Hilfe und Notfallversorgung**
- **elektrische Freischaltung** gefährdeter Anlagen sowie Sicherung des ungehinderten Zutritts für Rettungs- und Einsatzkräfte
- **Bereitstellung von Einsatzdokumentationen u. speziellen Ausrüstungen** zur Gefahrenabwehr
- Entstehungsbrandbekämpfung oder Havariebekämpfung mit den vorhandenen Lösch- und Einsatzmitteln (z.B. Auslegen von Ölsperren, Schließen von Absperrschiebern);

Grundsätzlich gilt: **Personenschutz hat Vorrang gegenüber dem Sachwertschutz!** Das gilt ausdrücklich auch für den Selbstschutz bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr!

Für das Objekt HKW II sind erforderliche Maßnahmen zur Notfallorganisation bei Bränden in der Anlage 3 „Verhalten bei Brandereignissen in Erzeuger- und Nebenanlagen“ in der Anlage 3 zusammenfassend dargestellt.

Für die Realisierung der Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ist der Objektverantwortliche bzw. sein Vertreter (Schichtleiter HKW, Diensthabende der Warte ...) zuständig.

6.1 Alarmierung und Einweisung der Rettungs- und Einsatzkräfte

Der Diensthabende der Warte ist verpflichtet, bei eingehenden Notrufen oder automatischen Alarmmeldungen immer unverzüglich die Feuerwehr über Notruf 0 – 112 zu alarmieren.

Sollte sich die eingehende Meldung nachfolgend als Fehlauslösung herausstellen, ist die Leitstelle der Feuerwehr erneut zwecks Rücknahme der Alarmierung anzurufen. Die Prüfung der Sachlage vor Alarmierung der Einsatz und Rettungskräfte ist nur bei voreingestellten Erkundungszeiten der automatischen Melder (z.B. bei RAS-Meldern) zulässig.

Konkrete Festlegungen zur Alarmierung und weitere Notrufnummern sind in den Sicherheitsanweisungen „Melde – und Krisenmanagement“ festgelegt.

In den komplexen Objekten der HA E ist durch den Diensthabenden der Warte, bei Alarmierung von Einsatz- und Rettungskräften, immer ein Einweiser an die Objektzufahrt bzw. an die Entnahmestelle der Alarmdokumentation zu entsenden, der dem Einsatzleiter der Feuerwehr mit Objekt- und Anlagenkenntnis bei der Auffindung des gefährdeten Objekts und der Bewertung der Gefahrensituation zur Verfügung steht. Der Einweiser darf den Gefahrenbereich selbst nicht betreten. Im HKW II muss der Einweiser einen CO-Sensor zum Selbstschutz mitführen (siehe Anlage 3 der Objektordnung HKW II).

Bei Bränden oder Gefahrensituationen findet sich der Einsatzführungsdienst der Feuerwehr auf der jeweiligen Warte ein, um von dort aus und in Abstimmung mit dem OV/diensthabender der Warte den Einsatz zu leiten (Einsatzleitung gem. Standardeinsatzregel der Feuerwehr).

Im HKW II kann zur Gewährleistung einer störungsfreien Funkverbindung, der installierte Antennenanschluss für den Feuerwehrfunk - im Vorraum der Warte -, genutzt werden.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

6.2 Erste Hilfe und Notfallversorgung

Sollte die Notfallversorgung in den technischen Anlagen durch Rettungssanitäter oder Notfallärzte erfolgen, sind dem externen Personal durch den Einweiser Informationen über spezifische Gefahren in der Anlage zu geben. Das trifft insbesondere auf Ex-Gefahrenzonen, spannungsführende Teile elektrischer Anlagen, Bio-Gefährdung in Abwasseranlagen, Trinkwasser-/Brauchwasser-Entnahmestellen oder geruchloses Erdgas im HKW II zu. Außerdem sind dem externen Personal erforderliche Schutzausrüstungen (z.B. Messgeräte zur Überwachung der Atmosphäre, Einwegschutzanzüge in Abwasseranlagen, Schutzhelme ...) beizustellen.

6.3 Elektrische Freischaltung und Absperrung von Gefahrenbereichen

Zur Umsetzung der Einsatzprioritäten „Personenschutz vor Sachwertschutz“ kann zur Rettung von Personen oder zum Schutz der Einsatzkräfte die Freischaltung elektrischer Anlagen im Gefahrenbereich oder im gesamten Objekt erforderlich werden. Zur Vermeidung von Verzögerungen bei der Personenrettung oder Havarie Bekämpfung ist bei Alarmen immer auch der diensthabende Elektriker an das gefährdete Objekt zu entsenden. Im HKW II / HWA hat der Elt-/Leittechniker zu seinem Selbstschutz ein Multigasmessgerät und einen Selbstretter mitzuführen.

Außerdem gewährleistet der Elektriker den Zutritt zu abgeschlossenen elektrischen Betriebsräumen nach entsprechender Freischaltung bzw. Einweisung der Einsatzkräfte, da der Objektschlüssel für elektrische Betriebsräume nicht nutzbar ist (gesonderter Schließkreis!).

Die Sperrung von Gefahrenbereichen kann erst aufgehoben werden, wenn der betreffende Bereich wieder gefahrlos genutzt werden kann. Dabei ist neben der Atmosphäre auch die Ablagerung von Brandrückständen (Ruß) oder Gefahrstoffen (bei Medienaustritt) zu bewerten.

6.4 Bereitstellung von Einsatzdokumentationen und speziellen Ausrüstungen

In technischen Anlagen mit spezifischem Gefahrenpotential oder in ausgedehnten Objekten sind der Feuerwehr geeignete Einsatzunterlagen bereitzustellen. Diese Einsatzdokumente müssen entsprechend der genormten Symbolik und Darstellungsweise erstellt sein und aktuell gehalten werden.

Für die Objekte mit Gefahrenmeldeanlage (z.B. HKW II, HWA, ZKA) sind die Einsatzdokumente als Alarmausdruck und als FW-Plan im Bereich der Feuerwehrezufahrt bereitzuhalten. Für die Bereitstellung bzw. Aktualisierung der Einsatzdokumente ist der OV zuständig.

Im HKW II sind auf Grund spezieller Gefahren und baulicher Besonderheiten zusätzliche Mittel zur Brandbekämpfung im Feuerwehrdepot im Kopfbau der ZW vorzuhalten (z.B. Schaumbildner und –generatoren). Die Art und der Umfang der Mittel wurden mit der Feuerwehr Chemnitz abgestimmt, deren regelmäßige Prüfung ist in [RI Feuerwehrdepot HKW Nord II](#) geregelt.

Bei Alarmen im HKW II fährt der Rüstwagen des anrückenden Feuerwehr-Kommandos immer gleich zum Feuerwehrdepot (Standardeinsatzregel). Den erforderlichen Schlüssel für das Depot und eine Übersicht der vorgehaltenen Materialien enthält die Mappe „Feuerwehrdepot, die im Wachschutzgebäude HKW II (Dammweg 10) neben dem Alarmdrucker bereitzuhalten ist.

Bei Benutzung von Ausrüstungen und Löschmitteln aus dem Feuerwehrdepot sind diese unverzüglich wieder einsatzbereit zu machen bzw. aufzufüllen. Dafür zuständig sind die beauftragten MA lt. Feuerwehrdepotordnung.

6.5 Entstehungsbrandbekämpfung oder Havariebekämpfung

Für die Entstehungsbrandbekämpfung sind in allen Objekten und Anlagen Handfeuerlöcher und Schlauchanschlüsse bereitzuhalten. Die Ausrüstungsnorm ergibt sich aus den gesetzlichen Forderungen (ASR 13/1,2) oder in spezifischen Objekten in Abstimmung mit der Feuerwehr.

Weitere Ausrüstungen zur Havariebekämpfung können entsprechend den spezifischen Gefährdungen im Objekt erforderlichen werden (z.B. Ölsperren oder Ölbinder). Die Art und der Umfang sind vom OV in

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

Abstimmung mit den Beauftragten (SBS) zu ermitteln. Die Mittel sind an geeigneter Stelle vorzuhalten und regelmäßig zu prüfen, so dass sie jederzeit im Gefahrenfall nutzbar sind.

7 Unterweisungen und Übungen

Über den Inhalt dieses Dokuments und den objektspezifischen Festlegungen zur Evakuierung und Gefahrenabwehr sind alle Mitarbeiter mindestens einmal jährlich und Mitarbeiter von Fremdfirmen vor Arbeitsaufnahme aktenkundig zu unterweisen.

Zur Nutzung spezifischer Sicherheitsausrüstungen, wie z.B. Feuerlöscher, Multigasmessgeräte, Schlauchanschluss- und Schaumstationen, Ölsperren etc. sind zusätzlich praktische Übungen mit dem betreffenden Personal durchzuführen. Dazu kann bzw. sollte die Unterstützung von Sachkundigen (Messgerätewart, BS-Beauftragter) angefordert werden.

In Objekten mit hoher Personenkonzentration (z.B. Verwaltungsgebäude) oder in komplexen Anlagen sind weiterhin Evakuierungsübungen in unregelmäßigen Abständen durch den OV in Abstimmung mit dem Brandschutzbeauftragten zu veranlassen und durchzuführen.

Für die Unterweisungen und Übungen ist der jeweilige Leiter zuständig. Dazu kann er Unterstützung beim Brandschutzbeauftragten anfordern.

Mit den Führungs- und Einsatzkräften der Feuerwehr sind regelmäßige Operativ-Taktische-Studien (OTS) und Einsatz- und Rettungsübungen in den technischen Anlagen durchzuführen, damit Gefahrensituationen objektiv eingeschätzt werden und die Einsatzkräfte effektiv und gezielt handeln können. Diese Studien und Übungen sind mit den Objektverantwortlichen abzustimmen und gemeinsam mit der Feuerwehr zu planen.

8 Prozessverantwortung

HEIZWÄRME UND STROMERZEUGUNG EH

9 Inkraftsetzung

Dieses Dokument tritt mit Freigabe in Kraft.